

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Teilnahmeantrag zurückgeben)

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform über die Vergabepattform Deutsches Vergabeportal darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Teilnahmeanträge von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Teilnahmeantrag

3.1 Der Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für den Teilnahmeantrag sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden; das Angebot soll an der dafür vorgesehenen Stelle unterschrieben sein.

3.3 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Abgabe des Teilnahmeantrags verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen. Werden die Unterlagen nicht vollständig fristgerecht vorgelegt, wird das Angebot ausgeschlossen.

3.4 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

4 Unterlagen zum Teilnahmeantrag

4.1 Soweit Bescheinigungen verlangt werden, haben ausländische Bewerber eine gleichwertige Bescheinigung ihres Herkunftslandes in beglaubigter deutscher Übersetzung vorzulegen.

4.2 Der Bewerber benennt bei der Abgabe des Teilnahmeantrags einen oder mehrere Ansprechpartner, die vertretungsberechtigt sein müssen, sowie einen Vertreter, mit denen während des Vergabeverfahrens in allen Angelegenheiten, die das Verfahren betreffen, Kontakt aufgenommen werden kann. Anzugeben sind deren Namen, Anschrift, Telefon- und Faxnummer, die E-Mail-Adresse sowie die Art und Umfang der Vertretungsbefugnis.

5 Bietergemeinschaften

5.1 Bietergemeinschaften sind zugelassen, soweit ihre Bildung durch die jeweiligen Mitglieder im Einzelfall rechtmäßig ist. Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben

- in welcher sie durch geeignete und nachprüfbare Angaben anhand objektiver Kriterien die Zulässigkeit im Einzelfall glaubhaft machen. Insbesondere haben sie zu bestätigen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft hinsichtlich der relevanten Ausschreibungsmärkte nicht in einem potentiellen Wettbewerbsverhältnis stehen oder kein Mitglied der Bietergemeinschaft jeweils allein für sich zu einer Teilnahme an einer Ausschreibung mit einem eigenständigen Angebot aufgrund seiner betrieblichen oder geschäftlichen Verhältnisse hinreichend leistungsfähig ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist und
- in der erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

5.2 Sofern nicht im Offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

5.3 Bietergemeinschaften haben eine für die Durchführung des Vergabeverfahrens unbeschränkt bevollmächtigte natürliche Person zu benennen, die stellvertretend für sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft als Ansprechpartner fungiert.

6 Nachweis für andere Unternehmen

Beabsichtigt der Bieter, sich bei der Erfüllung eines Auftrages der Fähigkeiten anderer Unternehmen zu bedienen, muss er Art und Umfang der dafür vorgesehenen Leistungsbereiche in seinem Angebot bezeichnen. Zum Nachweis, dass ihm die erforderlichen Fähigkeiten (Mittel, Kapazitäten) der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu dem von dieser bestimmten Zeitpunkt diese Unternehmen zu benennen und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen oder andere Verfügbarkeitsnachweise vorzulegen.

Nimmt ein Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so haftet der Bieter gemeinsam mit diesem anderen Unternehmen für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe.

Ein Bieter kann die einschlägigen Referenzen anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistungen erbringen, für die diese Referenz benötigt wird.

7 Nachfordern von Erklärungen und Nachweisen

- 7.1 Erklärungen und Nachweise, insbesondere auch Eignungsnachweise, die auf Anforderung der Vergabestelle bis zum Ablauf der Teilnahmefrist nicht vorgelegt wurden, können von der Vergabestelle bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Nachfrist nachgefordert werden.
- 7.2 Die Vergabestelle ist nicht verpflichtet, fehlende Erklärungen oder Nachweise nachzufordern. Gemäß § 56 Abs. 2 VgV steht ihr ein Ermessen zu, ob sie von einem Bieter fehlende Unterlagen nachfordert; sie kann grundsätzlich also einen unvollständigen Teilnahmeantrag auch von der Wertung ausschließen, ohne von der Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch gemacht zu haben.
- 7.3 Die Vergabestelle behält sich ausdrücklich vor, nur von denjenigen Bietern Nachweise oder Erklärungen nachzufordern, die nach der Prüfung der überhaupt in die engere Wahl kommen, mithin nicht von solchen, deren Teilnahmeantrag ohnehin nicht berücksichtigungsfähig ist.
- 7.4 Werden nachgeforderte Erklärungen und Nachweise bis zum Ablauf der gesetzten Nachfrist nicht eingereicht, so führt dies zum zwingenden Ausschluss des Teilnahmeantrags.

8 Antragsfrist

Die Bewerbungsfrist läuft mit dem in der „Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags“ genannten Termin ab.